

MESletter

Juni 2016

Studentischer Newsletter des Master of European Studies

Der M E S im Sommersemester 2016



Inhalt

Julian Irenkäufer – Rückblick auf 3 Jahre beim MES	4
<i>von Marina Arz</i>	
Bericht über Auftaktveranstaltung der Vortragsreihe « Krise und Wirtschaftsregierung »	6
<i>von Julia Schneider</i>	
Populismus und EU-Flüchtlingskrise in Polen – Interview mit Dr. Jarosław Jańczak	10
<i>von Marina Arz</i>	
Parteilpolitische Arbeit bei den Grünen – Praktikum bei Cem Özdemir	13
<i>von Carla Ruhmann</i>	

Ein besonderer Dank geht an die Autor|Innen dieser Ausgabe.

Redaktion: Marina Arz | Katja Sinko

Layout: Gyula Kocsis | Marina Arz

Sehr geehrte|r Leser|in, liebe MES'ler

Liebe MES'ler, liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Euch den aktuellen MES-Newsletter des Sommersemesters 2016 zu präsentieren, diesmal wieder ganz im Sinne Europas!

Zunächst einmal möchten wir unsere neue MES-Koordinatorin, Frau Dr. des. Kerstin Hinrichsen, vorstellen. Als neue Koordinatorin unseres Studiengangs ist sie zuständig für die Anerkennung von Studienleistungen sowie für die Koordination der Doppelmasterprogramme mit der Bilgi Universität in Istanbul sowie dem IEP in Strasbourg. Im Folgenden findet Ihr ein Foto unseres aktuellen MES-Teams:



©Heide Fest

Zu lesen gibt es ein Interview mit Herrn Julian Irenkäufer, dem Vorgänger von Frau Hinrichsen. Wir fragten ihn, wie er seine Zeit am MES wahrgenommen hat und wie es ihm heute im International Office der Viadrina ergeht. Weiterhin berichten wir von der Auftaktveranstaltung der Vortragsreihe „Krise und Wirtschaftsregierung“. Außerdem sprachen wir mit Dr. Jarosław Jańczak über den politischen Rechtsruck in Polen sowie die Flüchtlingskrise in der EU. Zu guter Letzt berichtet Carla Ruhmann über ihr Praktikum beim Bundesvorsitzenden der Grünen, Cem Özdemir.

Am studentischen Newsletter kann jeder von Euch mitmachen und einen Beitrag leisten! Wenn Ihr selbst einen Artikel zu einem bestimmten Thema schreiben möchtet, Themenvorschläge, Kritik und Anregungen habt, zögert nicht und schickt Eure Ideen einfach an mes_students@europa-uni.de.

Nachdem wir uns dann einen Überblick über die Änderungsanträge verschafft haben, würden wir gerne in der kommenden Woche mit den Antragssteller*innen sowie allen Studierenden, die Interesse haben, ein Treffen abhalten, wo wir diese diskutieren und dann im Nachgang ein bis zwei Vertreter*innen wählen, die diese Änderungsanträge mit dem MES-Team besprechen.

Weitere Terminhinweise:

- 30.06.2016:** Viadrina Day auf dem Campus der Europa-Universität – Initiativenmarkt & Informationsveranstaltungen zu den Studiengängen
Abends MES-Grillen ab 17 Uhr vor dem Logenhaus
- 02.07.2016:** Drachenbootrennen auf dem Helensee. Die Viadrina nimmt teil!

Rückblick auf MES-Koordinatorentätigkeit

Interview mit Julian Irlenkäuser

Von Marina Arz

Julian Irlenkäuser war von Ende 2012 bis Anfang 2016 Koordinator im Studiengang MES und wechselte anschließend ins International Office der Europa-Universität Viadrina. Zu diesem Anlass haben wir mit ihm ein kurzes Interview durchgeführt, in dem er auf seine Tätigkeit am MES-Lehrstuhl zurückblickt und uns erzählt, wie sein beruflicher Start im Auswärtigen Büro der Viadrina verlief.

Frage: Lieber Julian, schön, dass Du Dich für ein kurzes Interview bereit erklärt hast. Wir möchten zunächst auf deine Stelle als Koordinator des MES zurückblicken. Was hat Dir an dieser Tätigkeit besonders gefallen? Gibt es vielleicht auch Dinge, die Du am MES-Lehrstuhl vermissen wirst?

Julian: Besonders gefallen hat mir, dass die Tätigkeit an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Wissenschaft angesiedelt war. Das, was ich

daher am Meisten vermissen werde, ist die inhaltlich-wissenschaftliche Arbeit an der KuWi-Fakultät bzw. am MES-Lehrstuhl. Ansonsten schätzte ich die abwechslungsreiche und spannende Tätigkeit von der Projektverwaltung über die inhaltlich-wissenschaftliche Arbeit bis hin zur Betreuung von Studierenden.

Frage: Du bist mit deinem Wechsel zum International Office der Viadrina treu geblieben. Was schätzt Du an der Europa-Universität?

Julian: Mir gefällt besonders der internationale Charakter der Viadrina auch im Vergleich zur Größe der Universität. Daher arbeite ich in einem sehr angenehmen Umfeld mit kurzen Wegen. Das birgt Potenzial für eine gute und effektive Zusammenarbeit. Die Viadrina ist allgemein eine Universität, die weltweit sehr gut vernetzt ist.

Frage: Hättest Du ein paar Tipps für Deine Nachfolgerin im MES-Büro, Frau Kerstin Hinrichsen?

Julian: Sinnvoll ist auf jeden Fall die Aufstellung von klaren Regeln, die für die Studierenden unveränderbar gelten sollten. Für den MES im Allgemeinen würde ich mir für die Zukunft wünschen, dass die Studierenden ganze Module, wie z.B. den Zentralbereich Politik, auf Englisch studieren können.

Frage: Gerne möchten wir Dich nun fragen, wie dein Start im International Office als Koordinator für die Lateinamerika-Programme verlief. Hast Du Dich gut eingelebt? Wie gefällt Dir Deine neue Tätigkeit?

Julian: Ja, ich habe mich gut eingelebt. Ich hatte einen guten Start hier im International Office, der aufgrund der vielseitigen Aufgaben auch etwas herausfordernd war. Inhaltlich

bereitet mir die Tätigkeit viel Freude und ich arbeite in einem sehr netten Team. Als Teil des ‚Outgoing‘-Teams habe ich fakultätsübergreifend mit einer großen Bandbreite an Studierenden aus dem BA und MA zu tun. Die Betreuung von Studierenden macht also nach wie vor einen großen Teil meiner Arbeit aus und auch das gefällt mir sehr gut.

Frage: Das führt direkt zu nächsten Frage: Als Koordinator im International Office bist du für die Lateinamerika-Programme zuständig. Was verbindet Dich mit Lateinamerika? Sprachkenntnisse? Oder persönliche Ambitionen?

Julian: Im Rahmen meines KuWi-Bachelorstudiums an der Viadrina bin ich selbst über das International Office nach Lateinamerika gegangen und habe dadurch den Bezug zu diesen Ländern. Zudem spreche ich Spanisch sehr gut. Daher ist die Förderung der Lateinamerika-Auslandsprogramme der Viadrina für mich ein besonderes Anliegen.

Frage: Welche beruflichen Ziele verfolgst Du hier im International Office der Viadrina?

Julian: Da ich hier im International Office einen Vertrag bis 2019 habe, rechne ich fest damit, diesem Bereich

der Viadrina bis dorthin auch erhalten zu bleiben. Damit bin ich zurzeit sehr zufrieden. Für die Zukunft kann ich mir vorstellen, weiterhin auch im Bereich Internationalisierung von Hochschulen oder Internationale Wissenschaftskooperation zu arbeiten.

Frage: Lieber Julian, vielen Dank für das Gespräch. Wir freuen uns, dass Du der Viadrina treu geblieben bist und wünschen Dir weiterhin viel Erfolg und alles Gute.

Vortragsreihe: EU-Wirtschaftsregierung

Podiumsdiskussion am 20.04.2016

Von Julia Schneider

In der Auftaktveranstaltung der Vortragsreihe „Krise und Wirtschaftsregierung“ boten vier Referenten Einblick in ihre Betrachtungen der Wirtschaftsregierung der EU und der Auswirkungen des Krisenmanagements. Es ging darum zu bewerten, ob die neuen wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumente der EU die Arbeitsweise dieser substantiell verändert haben und ob sie zur Lösung oder Verschärfung der vielfachen Krise in Europa beitragen. Der Tenor der Beiträge war, dass substantielle Veränderungen in der Arbeitsweise der EU zu beobachten sind, dass sie die verschiedenen Krisen- und Problemlagen innerhalb Europas aber keiner nachhaltigen Lösung zuführen bzw. diese sogar verstärken. Die Vortragsreihe wird vom Frankfurter Institut für Transformationsstudien (FIT), dem EU-geförderten Projekt ‚Reconfigurations‘ ausgerichtet und von Amelie Kutter konzipiert. Die Reihe stellt aktuelle Forschungsarbeiten

an der Viadrina und Partneruniversitäten zum Thema veränderter Formen des Wirtschaftens aus der Perspektive der Rechts-, Sozial- und Kulturwissenschaften vor und verbindet Fragen der Strukturierung und Organisation mit Fragen der Deutung und diskursiven Konstitution. Veranstaltungen finden wechselweise in dem von Prof. Timm Beichelt und Prof. Claudia Weber geleiteten Europa-Kolloquium und dem von Dr. des. Kutter gehaltenen Seminar „EU-Wirtschaftsregierung und Gouvernamentalität“ statt. Unter der Zuhörerschaft waren entsprechend vor allem Studierende, Teilnehmende des Kolloquiums sowie einzelne externe Gäste.

Zur Hinführung zum Thema des Podiums bot die Moderatorin Amelie Kutter zunächst eine Einordnung der Krisenentwicklungen und Krisenreaktionen. Ausgangspunkt der Krise sei die Subprime-Krise

in den USA mit anschließender Bankenkrise gewesen, auf die 2009 eine Rezession in Europa folgte. Die Rezession und die ergriffenen Maßnahmen zur Stützung der Banken und der Konjunktur führten in der ganzen Europäischen Union zu Krisen der öffentlichen Haushalte und, vermittelt durch Abwertungsdynamiken auf den Finanzmärkten, zu einzelnen Staatsschuldenkrisen. Die in Reaktion darauf beschlossene Spar- und Austeritätspolitik hat die sozialen Sicherungssysteme geschwächt, was bei ansteigender Bedürftigkeit insbesondere in Südeuropa zu einer sozialen Krise führte. In Folge dieser Entwicklung ist es innerhalb der einzelnen Mitgliedsländer, aber auch EU-weit, zu einer politischen Krise gekommen, die wiederum zu einer völligen Umwandlung und Neugestaltung der politischen Landschaften in verschiedenen Mitgliedsstaaten führte. Diese Krisen haben Schwachpunkte in der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion

aufgedeckt, die mit Hilfe verschiedener institutioneller Reformen angegangen wurden, wie etwa dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus, der einheitlichen Bankenaufsicht und einer stärker zentral kontrollierten wirtschafts- und fiskalpolitischen Koordinierung. Die Krisen verweisen aber auch auf die tieferliegende strukturelle Asymmetrie zwischen positiver und negativer Integration in der Konstruktion der Europäischen Union. Ist diese durch die Reformen verstärkt oder abgemildert worden? Haben sie substantielle Veränderungen gebracht?

Auf das Podium waren vier Redner geladen, die jeweils über ihre Forschungsperspektive und -ergebnisse referierten, um im Anschluss Fragen zu beantworten und zu debattieren. Prof. Dr. Timm Beichelt, Inhaber des Lehrstuhls für Europa-Studien an der Viadrina, knüpfte an die im Jahre 2011 in den MES Perspektiven dargestellten Einschätzungen an. Er betonte den bis 2011 vorherrschenden, reaktiven Handlungsmodus zur Krisenbewältigung, der es verhinderte, nachhaltige, institutionelle Gegebenheiten für eine Bewältigung

von Wirtschaftskrisen zu schaffen. Ferner handele es sich um proaktive Reformen, die im entpolitisierten Raum stattgefunden haben. Zwar wurde das Six-Pack politisch durch das Europäische Parlament entschieden, im Nachhinein wurden allerdings große Teile der Beschlüsse zu Vertragsrecht und können somit nicht ohne Weiteres durch das Parlament zurückgenommen werden. Oberstes Ziel sei die Wiederherstellung des Vertrauens der Finanzmärkte gewesen. Durch die für diesen Zweck eingeführte Austeritätspolitik wurde eine eingeschränkte inhaltliche Flexibilität festgeschrieben, indem nationalstaatliche Maßnahmen von außen sehr detailliert vorgegeben wurden. Seit 2011 sei es zu einer „Renaissance intergouvernementaler Handlungsmuster“ gekommen; die von Angela Merkel angekündigte Unionsmethode habe sich manifestiert und die im Lissabon-Vertrag verankerte Gemeinschaftsmethode faktisch abgelöst.

Dr. hab. Arnaud Lechevalier von der Université Paris I Panthéon-Sorbonne, der von 2008 bis zum Sommersemester 2013 an der Viadrina als

Gastprofessor dozierte, referierte zusammen mit Dr. Jan Wielgohs, der seit 2002 Koordinator des FIT und dort seit 2008 Mitglied der Institutsleitung ist. Auf Grundlage ihres 2015 im Djoef Publishing Verlag erschienenen Buches „Social Europe: A Dead End. What the Eurozone Crisis is Doing to Europe’s Social Dimension“ stellten sie dar, welche Konsequenzen für das soziale Europa aus dem Krisenmanagement der EU in der gegebenen Konstellation folgten.

Laut Dr. hab. Lechevalier war die institutionelle Governance vor der Krise vor allem nach Prinzipien des deutschen Ordoliberalismus gestaltet, laut dem eine einheitliche Geldpolitik mit dem Ziel der Preisstabilität zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung führen sollte. Die haushaltspolitische Koordination wurde durch den Stabilitätspakt vorgenommen, der zur Stabilisierung der Konjunktur, zur Glaubwürdigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und zur Förderung des Wachstums durch Deregulierung und Liberalisierung beitragen sollte. Tatsächlich sind jedoch die Divergenzen zwischen den

Mitgliedsstaaten gefördert worden, was sich bspw. an Lohnstückkosten ablesen ließ. Eine Regelung für den Fall eines asymmetrischen Schocks wurde indes nicht getroffen.

Die Wirkung der Krise manifestierte sich deshalb so stark, weil schon die Konstruktion der Währungsunion fehlerbehaftet war: Eine wirksame Harmonisierung der Wirtschafts- und Geldpolitik wäre notwendig gewesen, um ein soziales Europa zu schaffen, da die Mitgliedsstaaten durch die gemeinsame Währung nicht länger über das Mittel der Geldpolitik verfügten. Ab 2010 kam es zu einer Neujustierung der ökonomischen Governance, die im Zusammenhang mit den Wachstumszielen der Agenda Europa 2020 durch ein „Feuerwerk der Packs“ initiiert wurde. Über verschiedene Kontrollmechanismen kann die EU Einfluss auf die Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten nehmen, bevor diese überhaupt parlamentarisch behandelt wird. Generell führt das Krisenmanagement zu einer strengeren und kohärenten Regeldurchsetzung, die allerdings außen vorlässt, dass die Mitgliedsstaaten sich in unter-

schiedlichen Phasen des Konjunkturzyklus befinden und unterschiedliche Entwicklungen vorweisen.

Dr. Jan Wielgoß mahnte außerdem an, dass das Vorkrisensystem durch wirtschaftspolitische und haushaltspolitische Koordinierung nationale Sicherungssysteme unter Druck gesetzt hatte. Die Hauptursache der Krise seien die Divergenzen zwischen den Volkswirtschaften innerhalb der Währungsunion gewesen. Durch das Krisenmanagement habe sich die soziale Sicherheit in allen Hinsichten verschlechtert. Laut dem Independent Annual Growth Survey hat das Niveau der sozialen Ungleichheit in der EU das Niveau Chinas erreicht wenn man die Ungleichheitswerte nicht auf die einzelnen Mitgliedsländer, sondern auf die EU insgesamt bezieht. Die Krisenbearbeitung habe nicht nur dazu geführt, dass die Konvergenz der Mitgliedsstaaten der EU in Richtung eines liberalen Modells verstärkt worden sind, sondern durch sie kommt es zusätzlich zu Disparitäten kultureller Natur. Diese Entwicklung verschlechtere die Aussicht auf eine Einigung über eine gemeinsame Wirtschaftsregierung.

Aus juristischer Perspektive argumentierte Prof. Dr. jur. Jens Lowitzsch, der seit 2010 an der Viadrina Professor für Rechtsvergleichung, osteuropäisches Wirtschaftsrecht und europäische Rechtspolitik ist und im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss als Sachverständiger auftritt. Seiner Meinung nach liegt der Wirtschaftskrise eine Entkopplung des Haftungszusammenhangs zwischen Eigentum und Eigentümern zugrunde. In der Bankenkrise wurden private Verluste von Investoren staatlich – also durch öffentliche Mittel – kompensiert, was in die Formel „Schulden werden sozialisiert, Gewinne privatisiert“ übersetzt werden kann. Um diesen Mechanismus auszuhebeln, müsse an den Haftungszusammenhang „Eigentum verpflichtet und soll dem Gemeinwohl zukommen“ erinnert werden. Die Sozialpflicht des Eigentümers müsste dafür zu einer Inhaltsbestimmung herangezogen werden: Externalisierung von Produktionskosten (bspw. Verlagerung in Billiglohnländer) sollte verboten sein, wer dagegen verstößt, sollte mit Klage wegen Verletzung des Wettbewerbsrechts / unlauteren Wettbewerbs zur Rechnung gezogen werden können.

Nicht ohne Kritik konstatierte er, dass je abstrakter das Eigentum ist, desto geringer die Eingriffsintensität durch den Gesetzgeber (s. auch die jüngste Stellungnahme des Arbeitsbereichs von Prof. Dr. jur. Lowitzsch).

In der anschließenden Diskussionsrunde warf Dr. Raphael Bossong ein, dass die EU nach außen durchaus als Beispiel für regulative Macht gelte, und im globalen Vergleich Modellcharakter besitze. Außerdem stellte ein Student die Vermutung an, dass die EU durch die Krise stärker zusammenwachsen bzw. mehr Integration entstünde. Dr. Anja Henning stellte die Frage in den Raum, ob die Rolle der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise bei der Herausbildung der Problemlagen der Europäischen Union nicht überbewertet werde und die Ursachen eher in globalen Entwicklungen zu sehen sind.

Dr. Jan Wielgohs stimmte dieser Annahme nicht zu, sondern betonte, dass die Krise zwar Verbindlichkeiten gestärkt habe, indem beispiels-

weise Sanktionen für Missachtung von Vertragsinhalten früher und schneller greifen.

Gleichzeitig seien jedoch die Divergenzen sowohl durch die Wirtschaftskrise als auch durch das Krisenmanagement gestiegen und der Zusammenhalt dadurch geschwächt.

Dr. hab. Arnaud Lechevalier hingegen nannte die Krise eine Selbstgemachte, die aus der Gliederung der Wirtschaftsregierung entsprang. Als Lösungswege sieht er eine Konvergenz der Mindestlöhne sowie die Einführung von Ausgleichsmitteln für asymmetrische Schocks in der Eurozone wie beispielsweise einen gemeinsamen Haushalt der Währungsunion und eine partielle Arbeitslosenversicherung auf EU-Ebene.

An dieser Stelle hakte Prof. Dr. Timm Beichelt ein und rief in Erinnerung, dass asymmetrische Schocks sich mit unterschiedlicher Intensität auswirken. Finnland beispielsweise habe zwar einen asymmetrischen Schock erlitten, leide darunter aber nicht ansatzweise so stark wie Griechenland, das in den nächsten

Jahren nicht fähig sein wird, eine autonome Wirtschaft zu führen. Er warnte davor, dass die Europäische Union – sollte sie keine gemeinsame Lösung finden – das „italienische“ Modell übernehmen werde, d.h. das Modell eines durch den Norden finanzierten Mezzogiorno. Prof. Dr. Timm Beichelt betonte, dass im Krisenmanagement teilweise Spielräume genutzt werden, ohne die formalen Regeln einzuhalten. Ebenso würden formulierte Kriterien nicht von allen Mitgliedsstaaten gleichermaßen eingehalten. Er stellte auch in den Raum, dass ein Haushaltsdefizit möglicherweise legitimierbar sei, da es langfristig die Möglichkeit gäbe, Schulden wieder abzubauen.

Eine Vertiefung der auf dem Podium angerissenen Probleme und Analysen wird in den kommenden Veranstaltungen zu erwarten sein.

Populismus und Flüchtlingskrise in Polen

Interview mit Dr. Jarosław Jańczak

Von Marina Arz

Question: Dear Jarosław, for the new issue of the MES-Letter of the summer semester 2016, we want to focus on two interesting topics with you: First, the rise of populism in Poland, and second, the current refugee crisis in Europe and its effect on the Polish people. As you are a specialist concerning Poland, we want to interview you in order to get a better insight into the Polish situation nowadays.

After the elections in November 2015, the conservatives are now ruling in Poland. Do you have an idea why the Polish electorate voted for the Law and Justice Party and how populist thinking gained entrance into the people in Poland?

Jarosław: Well, after some time, we can see that there is still a tension between the ruling conservatives and the liberal part of the society. First, we have to see that not everything that the conservatives propose is

populism. Media, especially in the West, are very critical about Law and Justice (PiS).

Let me continue by saying that I am also not in favour of this party. However, what they propose is not necessarily populism. Of course, there are some populist elements when we look at specific sections of the electoral program. What they propose in many areas belongs to the very core of what is political reality. Let us take the example of social assistance for families. This is something that never existed in free Poland (for the last 25 years). In effect, this is social democracy. However, we also have to see that they have radical elements in their program. Coming back to your question, we can see several reasons for this development:

The reason was not that people suddenly massively supported the conservatives. The reason was that those people having a liberal approach in mind, no longer

supported the Civic Platform (PO). This was in my understanding the main reason. In fact, the conservatives did not win the election, but the liberals lost it.

Let us take a look at the current three political possibilities in Poland. We have the conservatives, the liberals and the social democrats. The social democrats do in fact not really exist because of several reasons (they are split or not reliable). Living standard is something that concerns most Polish people. This is why many Polish people left the country in the last 10 years and immigrated to Great Britain, Scandinavia or Germany. Many Polish people, especially those living in rural areas (e.g. in Eastern Poland), have no acceptable living standard.

Especially young people voted for the conservatives. Not because they are conservative, they are liberal. It was an act

of protest against the elites ruling the country for 8 years.

Question: It is a very interesting point you mentioned. Do you think that the conservatives are now more able to realize the wishes of the young people that were disadvantaged by the former government?

Jarosław: Well, the conservatives are now proposing social assistance for families. Another important promise is to lower the retirement age. The conservatives are currently working on these topics. Their focus, therefore, lies on issues of social policy, a field not being existent for a long time in Poland. This field is of particular concern to old, probably ill people. There is no single institution responsible for effective assistance. Thus, we can say that the conservatives put an emphasis on elements of the modern welfare state. Many Polish people appreciate this. The central question is now: Are these attempts just short-termed? How long can they last? If the conservatives manage the budgetary deficit of the state, they can probably go ahead with their policies.

Question: Let us consider that the current government is just of short-term development and cannot fulfil the wishes of the Polish population in the long-term. How does the refugee crisis affect this problem?

Jarosław: The refugee crisis is in fact just a minor problem in Poland – also in the current debate. This has two reasons: First, if we talk about refugees from the Middle East and North Africa, we have to see that they do not want to get to Poland. In addition, Polish people, regardless of their political standpoint, are not enthusiastic about accepting refugees of these regions. It has to be emphasized that this situation absolutely differs from the situation in Germany. Second, refugees do not want to settle down in Poland, because Poland offers nothing to them (no social assistance e.g.). In addition, refugees are not needed for the Polish economy. This is also a sign for the different situation in Germany. In the last years, Poland has accepted many refugees, but they mainly came from the former Soviet Union states. There has

never been any serious protest against this immigration.

Question: This sounds like we have two parallel worlds of refugees in Europe. Can we say that Poland is separated from the refugee crisis in Europe?

Jarosław: Yes, this is true. However, the situation in Poland does not stand-alone. The Polish government does not offer assistance to neither their own population nor the refugees. We have similar situations in Slovakia, the Czech Republic, Hungary and some more states in Eastern Europe. The situation in this part of Europe is similar: We have neo-liberal systems in which disadvantaged people (physically e.g.) receive no support in the form of social assistance. Further, government and society in these countries are often unable to solve the problem of social integration of culturally alienable groups within their societies. Often, these groups remain excluded from society that has potential to conflict.

Question: We have to take into account that Poland is our direct neighbour, especially here in Frankfurt (Oder). Our

societies here live and work next to each other and are at the same time separated of the same European crisis.

Jarosław: Exactly. On the political level, there was a short discussion about the situation on borders for example, but in political reality, this never caught much attention. Refugees from the Middle East and Northern Africa do not immigrate to Poland and therefore, this is no great topic.

If we compare the Eastern with the Western part of Europe, the problem is another one: The topic of immigration is partly being 'tabooed' meaning that many (protesting) views are just not brought onto the agenda because it is not politically correct or it is directly seen as

a 'nationalist' view. This is a paradox in my opinion. The refugee crisis we have in Europe would now be a very good moment to debate on immigration policy, integration policy, assimilation policy. With an open discussion, many problems that accumulated for decades could be addressed.

Nevertheless, this is politically impossible. Being critical means automatically being stigmatized. This is what needs to change in order to stick to our important democratic values.

In fact, the picture is very complex today. Another million of uncontrolled immigration will not only mean anti-immigrant attitudes in Central Europe, but also a radicalization in Germany,

France, Scandinavia and some more. I would say that reasons of this crisis first lie outside Europe. It is in fact a matter of political deals between European and non-European countries. To work on the reasons of the outbreak of the crisis would be a first step in the right direction.

Question: Thank you for your time and the very interesting interview.

Parteilpolitische Arbeit bei den Grünen

Praktikum bei Cem Özdemir

Von Carla Ruhrmann

Der Weg in die Parteizentrale GRÜNEN verlief eher zufällig. Obwohl ich mit der grünen Politik schon lange sympathisiere, habe ich kein Parteibuch – was sich zum Glück auch nicht als Hinderungsgrund herausstellen sollte. Bei der Suche nach einem Praktikum stieß ich auf die Ausschreibung auf der Webseite von Cem Özdemir, überlegte nicht lange, schickte die Bewerbung raus und wurde kurz darauf zum Telefongespräch eingeladen – manchmal kann es auch so einfach sein. Seit einem Monat bin ich nun Praktikantin im Büro des Bundesvorsitzenden Cem Özdemir. Noch bevor ich mich in meine Aufgaben eingearbeitet hatte, lernte ich sein Team und die Menschen aus dem Haus kennen, und mir gefiel sofort die freundliche Atmosphäre: Alle, die ich bisher kennengelernt habe, sind junge, dynamische und engagierte Menschen, bei jeder Gelegenheit hilfsbereit.

Man ist überall und ohne Ausnahme per Du und einen steifen Dresscode sucht man vergebens. Dieser Eindruck hat sich über die vergangenen Wochen nur bestätigt. Auch die Arbeitszeiten sind flexibel im Hinblick auf etwaige Pflichttermine an der Universität, was die Arbeit ungemein erleichtert. In der Bundesgeschäftsstelle von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Herzen von Berlin, zwei Steinwürfe von den Abgeordnetenräumen und dem Reichstag entfernt, sind die Büros der Vorstandsmitglieder angesiedelt, außerdem die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Geschäftsführer der Partei, Personalverwaltung, IT, die Grüne Jugend... Hier laufen die Fäden der Partei zusammen. Hier finden montags immer die Bundesvorstandssitzung und der Parteirat statt, und im Wechsel die Pressekonferenzen (PK) der

Vorsitzenden Simone Peter und Cem Özdemir. Montags ist auch für mich der spannendste Tag. Nach der PK, die ich selbstverständlich besuchen kann, bespricht sich das ganze Team von Cem. Dieses besteht aus der Büroleitung, dem Sekretariat und einem Referenten, und zusätzlich, da er auch Bundestagsabgeordneter ist, noch aus seinem Büro im Bundestag und dem Wahlkreisbüro in Stuttgart. Dementsprechend gefüllt ist auch sein Terminkalender: mit Sitzungen in Parteigremien und im Bundestag, Veranstaltungen im Wahlkreis sowie zahlreichen weiten Terminen, die er entweder als Bundesvorsitzender oder Abgeordneter wahrnimmt. Politisch gesehen fällt mein Praktikum in einen spannenden Zeitraum: Es stehen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinlandpfalz und Baden-Württemberg an. Das bedeutet natürlich

Wahlkampf. Doch auch alle weiteren Themen, die gerade in der Politik und auf der Straße diskutiert werden, sind natürlich auch in der Partei und im Büro ein Thema: Wie positioniert man sich zur AfD? Wie ist die derzeitige Lage der Geflüchteten zu verbessern? Wie außenpolitisch zu agieren? Diese Fragen schlagen sich auch in den sogenannten „Bürgeranfragen“ nieder, deren Bearbeitung eine meiner laufenden Aufgaben ist. Anfragen jeglicher Art an Cem landen per Mail oder per Brief in meinem Postkasten, täglich etwa ein halbes Dutzend. Während es auch aufrichtige Fragen zur Politik von Cem oder der Partei gibt, überwiegt momentan der Anteil derer, die sich ihren Hass oder Frust von der Seele schreiben wollen und das Büro von Cem dafür für die richtige Adresse halten. Umso mehr freut es mich, dass dazwischen immer wieder positives Feedback kommt. Eine meiner weiteren Aufgaben besteht darin, die anstehende Tagung der Rechtsextremismus-Kommission der GRÜNEN in Magdeburg zu planen und organisieren. Dieses beratende Gremium tagt dieses Mal zum

Thema der AfD und des rechten Terrors in Deutschland – hochspannend und aktuell also. Darüber hinaus bin ich an der Organisation von allerhand Wahlkampfterminen beteiligt und darf Cem auch begleiten, wenn es erforderlich ist. So konnte ich einem Treffen der türkischen Oppositionspartei CHP mit Cem beiwohnen und anschließend die GRÜNEN in Essen bei ihrem Neujahrsempfang kennenlernen. Auch hier herrschte stets eine familiäre Atmosphäre und es gab entspannte Gespräche trotz der Menschentrauben um den Bundesvorsitzenden. Schließlich ermöglicht es mir das Büro, auch Termine außerhalb des Hauses wahrzunehmen. So habe ich bereits eine grüne Fraktionssitzung, ein Fachgespräch der Grünen und eine Plenardebatte besuchen können und einen tiefen Einblick in die Parteipolitik und -arbeit erhalten. Das war nun auch mein Ziel des Praktikums, welches noch bis Ostern andauert. Allen, die ebenfalls einen Einblick in den Politikbetrieb erhalten und dabei grüne Parteiluft schnuppern wollen, sei ein Praktikum bei den GRÜNEN

und insbesondere bei Cem Özdemir wärmstens empfohlen.